

27.06.2019

Antrag der Fraktionen von SPD und CDU zur Sitzung des Rates am 01. Juli 2019

Klimaoffensive für Duisburg – Klimaschutz gemeinsam vorantreiben

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Der Klimawandel stellt eine der größten globalen Herausforderungen unserer Zeit dar. Auch die Städte und Gemeinden in Deutschland sind aufgefordert, ihren Teil zu einem besseren Klimaschutz beizutragen.

Der Rat der Stadt Duisburg,

1. bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.
2. erkennt an, dass die Veränderung des Klimas auch in Duisburg ernsthafte Maßnahmen erfordert, um diese Ziele zu erreichen.
3. erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.
4. erklärt seinen Willen, die Belange des Klimaschutzes in gleichem Maße zu beachten, wie die des Umwelt- und Naturschutzes, der sozialen Sicherung der Bürgerinnen und Bürger sowie des Funktionierens des Wirtschaftsstandortes.
5. setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Handlungsoptionen und darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik, Verbote, Bevormundung und den Aufwuchs weiterer Bürokratie ab.

Der Rat der Stadt Duisburg beauftragt daher die Verwaltung,

1. eine enge Abstimmung bei der kommunalen Klimastrategie mit den überörtlichen Entscheidungsträgern zu suchen.
2. das beschlossene Klimaschutzkonzept der Stadt Duisburg von 2017 mit Nachdruck voranzutreiben und dem Rat zeitnah eine Übersicht mit Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen vorzulegen.



3. einen Sachstandsbericht im Rahmen der Fortschreibung des Klimakonzeptes über die Erreichung der Klimaschutzziele mindestens alle drei Jahre zu erstellen. Bei klimarelevanten Entscheidungen sollen zudem Hinweise zu den möglichen Klimaauswirkungen in Abstimmung mit der/m Klimaschutzbeauftragten in Vorlagen dargestellt werden.
4. den Forderungskatalog der Umweltbewegung „Fridays for Future“ in Duisburg zu bewerten, bereits umgesetzte Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes aufzuzeigen und dem Umweltausschuss eine Beschlussvorlage zum weiteren Vorgehen zuzuleiten.
5. in der vorgenannten Beschlussvorlage einen konkreten Vorschlag zur Konstituierung des im Umweltausschuss beschlossenen Gesprächsforums zum Klimaschutz in Duisburg zu unterbreiten. Bei der Einladung sollen unterschiedlichste Lebens- und Gesellschaftsbereiche berücksichtigt werden und die Herausforderungen des Klimawandels diskutiert sowie der Politik Vorschläge für eine klimagerechte Stadtentwicklung gemacht werden.
6. das im Umweltausschuss beauftragte Konzept zum Umgang mit Hitzeschäden um Extremwetterereignisse zu erweitern und binnen des Jahres 2019 dem Fachausschuss vorzulegen.
7. die im Umweltausschuss beschlossene Einladung an Duisburger Unternehmen zur Berichterstattung ihrer Initiativen für den Klimaschutz um städtische Beteiligungen, weitere lokale Institutionen, Vereine und Verbände zu erweitern und regelmäßig fortzusetzen.

Begründung:

Feststeht und richtig ist, dass es ein ernsthaftes Problem beim Schutz des weltweiten Klimas gibt. Richtig ist aber auch, dass Deutschland am weltweiten CO₂-Ausstoß einen Anteil von lediglich 2 Prozent hat und keine Kommune allein in der Lage sein wird, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das im Klimaabkommen von Paris festgelegte Ziel von einer Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu erreichen.

Dennoch muss auch in Duisburg ein ernsthafter Beitrag dazu geleistet werden, dass Deutschland seine Verpflichtung aus diesem Abkommen tatsächlich erreicht.

Der Klimawandel ist für die Kommunalpolitik ein wichtiges Thema. Duisburger Schülerinnen und Schüler und Unterstützerinnen und Unterstützer demonstrieren bei „Fridays for Future“ seit Monaten für mehr Klimaschutz.

Der Rat der Stadt Duisburg begrüßt die Initiative rund um das Bündnis „Fridays for Future“. Das Engagement junger Menschen für eine lebenswerte Zukunft ist positiv zu bewerten und der Einsatz für mehr Klimaschutz grundsätzlich ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Der Rat der Stadt nimmt die Anliegen der Initiative sehr ernst.

Nach einer Anhörung im Umweltausschuss und einer Gesprächsrunde mit politischen Mandatsträgern auf Einladung des Oberbürgermeisters überreichten Vertreterinnen und Vertreter von „Fridays for Future“ ihm und dem Vorsitzenden des Umweltausschusses ein Forderungspapier. Diese Ideen sollen gründlich bewertet und der Politik mit Vorschlägen zur weiteren Vorgehensweise vorgelegt werden.

Die Stadt Duisburg mit ihren politischen Gremien hat bereits einige erfolgreiche Schritte für besseren Klimaschutz auf den Weg gebracht. Es ist wichtig, dass das bestehende Klimaschutzkonzept der Stadt aus dem Jahr 2017 und alle klimarelevanten Entscheidungen konsequent umgesetzt werden und eine enge Abstimmung mit allen relevanten politischen Ebenen gesucht wird, da diese die Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflussen und eine isolierte kommunale Strategie für einen besseren Klimaschutz wenig zielführend ist. Beispielsweise ist hier die aktuelle Klimaoffensive der Städte des Ruhrgebiets im Regionalverband Ruhr zu nennen.

Da Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, ist die im Umweltausschuss beschlossene Einladung an Duisburger Unternehmen zur Berichterstattung ihrer Initiativen für den Klimaschutz um städtische Beteiligungen, lokale Institutionen, Vereine und Verbände etc. zu erweitern und kontinuierlich fortzuführen.

Das im Umweltausschuss beschlossene Konzept zum Umgang mit Hitzeschäden ist darüber hinaus um Extremwetterereignisse zu erweitern und bis Ende des Jahres dem Fachausschuss vorzulegen.

Die Konstituierung des Gesprächsforums bietet die Gelegenheit, den Dialog zum Thema Klimaschutz fortzuführen, eine geeignete zukünftige Veranstaltungsform festzulegen und macht den Vertreterinnen und Vertretern von „Fridays for Future“ ein Angebot zur politischen Mitsprache.

Das Gesprächsforum soll überparteilich agieren, da es im Interesse aller im Rat vertretenden Parteien sein muss, gemeinsam Maßnahmen gegen den Klimawandel soweit möglich auch auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Der Umweltausschuss als federführender Ausschuss ist über den Sachstand nach den Sitzungen des Gesprächsforums zu unterrichten. Die Verwaltung nutzt zudem alle ihre Informationskanäle, um insbesondere junge Menschen über die Themen des Gesprächsforums und über die kommunale Klimapolitik zu informieren.

Der Klimaschutz muss entschieden, verantwortungsvoll und gemeinsam vorangetrieben werden. Dafür braucht es das Mitwirken aller.

SPD und CDU setzen auf eine breit akzeptierte, klimagerechte Stadtentwicklung, auf ernsthaftes Handeln, nicht auf Symbole. Dazu sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen.